

Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien /  
Vienna Journal of African Studies 27/2014, Vol. 14, 132-141. DOI: 10.25365/phaidra.358\_10

### REZENSION / REVIEW

**HAUCK, Gerhard. 2012. Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot. 225 Seiten. ISBN 978-3-89691-900-7**

*rezensiert von*

**Clemens Pfeffer, Universität Wien**

Gerhard Hauck hat sich verdient gemacht: im Bereich der afrikanischen Geschichtswissenschaft ebenso wie in der Kolonialismus- und Entwicklungsforschung und nicht zuletzt in seiner „eigentlichen“ Fachdisziplin, der Soziologie. Konsequenterweise überschreitet er die Grenzen institutionalisierter Fachrichtungen und gewinnt etablierten Themengebieten neue Facetten ab. Disziplinäres „Container-Denken“ liegt ihm fern. Transdisziplinarität umschreibt nicht – wie im heutigen Wissenschaftskontext weit verbreitet – ein vordergründiges Etikett, sondern kennzeichnet tatsächlich die Forschungspraxis des Autors. Das bezeugt auch das 2012 beim Westfälischen Dampfboot erschienene Kompendium *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz*, das elf ausgewählte Beiträge aus den letzten zehn Jahren versammelt. In ihnen werden etablierte Theorieansätze u.a. nach Gayatri Chakravorty Spivak, Stuart Hall, Mahmood Mamdani, Jürgen Habermas, Charles Taylor, Nancy Fraser, Armando Cordova, James Ferguson und Immanuel Wallerstein einer ebenso einseitig-kritischen wie zugleich erfrischend ehrfurchtslosen Prüfung und Neuinterpretation unterzogen.

Die drei zentralen Forschungsanliegen fasst Hauck in der Einleitung seines neuen Buches zusammen: (1) Die Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“ und die Essentialismuskritik, (2) die Rekonstruktion der Bedeutung des Kolonialismus für herrschende Ungleichverhältnisse und (3) die Kontextualisierung von Regionalgeschichte in weltweiten, transnationalen Zusammenhängen, dem „Weltsystem“. Seine Methodologie umschreibt er mit dem Begriff „Ideologiekritik“. Darunter versteht er nicht das Streben nach einer „absoluten und ewigen Wahrheit“, sondern vielmehr die konstruktive, „argumentative Auseinandersetzung“, in der das „bessere

Argument“ entscheide (S. 12). Hauck orientiert sich dabei am Habermas'schen Leitsatz des „eigentümlich zwanglosen Zwangs des besseren Arguments“

i. Weil das „bessere Argument“ ein immer wiederkehrendes Motiv in beinahe allen Beiträgen bildet, soll es mit Blick auf Haucks gesellschaftspolitische Vision im weiteren Verlauf ausführlicher behandelt werden. Zunächst gehe ich aber erst einmal den Spuren der genannten drei Hauptanliegen in den einzelnen Beiträgen nach.

### **Wider den Essentialismus**

Der erste Abschnitt des Buches steht im Zeichen der Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“ und der Kritik am „Essentialismus“, wie ihn Bourdieu in den 1990er-Jahren definiert hat<sup>ii</sup>. Einen wesentlichen Teil der Auseinandersetzung macht dabei die Beschäftigung mit dem Werk des kommunitaristischen Philosophen Charles Taylor aus. Grundlage von Taylors „Politik der Anerkennung“ (1992) ist die Annahme, dass sich Subjekte nur in Interaktion und Abgrenzung zu einem „signifikant Anderen“ definieren können. Soweit stimmt Hauck zu. Doch dort, wo KommunitaristInnen das „signifikant Andere“ mit Kultur gleichsetzen, setzt des Autors Widerspruch ein. „Von den signifikanten Anderen zur Kultur ist es ein weiter Weg.“ (S. 96) Das Subjekt sei auf ein konstitutives Aussen angewiesen; dieses in anonymen Großgruppen – in etablierten Kategorien rassialisierter Gemeinschaften – zu suchen, hält Hauck für grundsätzlich falsch. Dadurch würden lediglich „partikulare Interpretationen“ gestärkt, „vorzugsweise mutmaßlich die in den machtpolitisch und ökonomisch herrschenden Gruppierungen dominierenden. Diejenigen Gruppierungen von ‚signifikant Anderen‘, die diesen Interpretationen ganz oder teilweise widersprechen, würden in ihrer Identität durch solche Maßnahmen gerade nicht gestärkt; was sie angeht, hätte die ‚Politik der Anerkennung‘ ihr proklamiertes Ziel verfehlt.“ (S. 98) Folglich hat Hauck auch wenig für jene Ansätze aus der postkolonialen Forschung übrig, die die Aneignung oder den strategischen Einsatz von

Essentialismen als ein wichtiges Zwischenstadium im Kampf um kulturelle Anerkennung und ökonomische Gleichberechtigung verstehen. Als „nicht zu rechtfertigen“ (S. 123) erscheint dem Autor Stuart Halls (1991) prominent gemachte Differenzierung zwischen einer ersten Phase der Selbstbehauptung durch die Aneignung und positive Umdeutung dominanter Zuschreibungen (Identitätspolitik I) und einer zweiten Phase der „Politik des Lebens von Identität durch Differenz“ (Identitätspolitik II). Wenn die Identitätspolitik II „moralisch alternativlos“ sei, so Hauck, „warum dann nicht von Anfang an?“ (S. 122). Ein wenig zurückhaltender positioniert sich der Autor im selben Beitrag gegenüber Gayatri Chakravorty Spivaks „Formel“ des „strategischen Gebrauchs von Essenzialismus“, die er als „zwiegesichtig“ charakterisiert (S. 121). Doch auch hier gilt, was Hauck an früherer Stelle bereits als „Sünde wider das Realitätsprinzip“ beschrieben hat<sup>iii</sup>: Die Praxis, über Widersprüche hinwegzusehen, kann Fundamentalismen befördern – dies gilt auch dann, wenn solche Praxis aus strategischen Gründen heraus erfolgt.

Allzu harmonisierende Vorstellungen des „Lokalen“ als Gegenentwurf zum kapitalistischen „Globalen“ konstatiert Hauck in seiner Beschäftigung mit post-developmental Globalisierungsdebatten seit den späten 1990er-Jahren. Dem „harten Kern der Schule“ (Wolfgang Sachs, Majid Rahnema und Gustavo Esteva) weist er die Flucht in ein romantisierendes Bild vernakulärer Subsistenzgesellschaften nach, das nicht minder als bei den KommunitaristInnen einem kulturtheoretischen Monismus unterliege. Die Vorstellung in sich homogener, vom Kapitalismus unbeeinflusster, „natürlicher“ Gemeinschaften sei „schierer Unsinn“ (S. 83). Selbiges gelte auch für die Tendenz, Gemeinschaften schon alleine aufgrund ihrer lokalen Verankerungen als „progressiv“ einzustufen. „Die lokale kulturelle Gemeinschaft gibt es nicht. Stattdessen gibt es zahllose Arten davon: reaktionäre, revolutionäre, pragmatische und viele andere.“ (S. 90)

Auch Jürgen Habermas wird Haucks kulturtheoretischer Kritik unterzogen. Am Rande eines Beitrags zu unterschiedlichen Zugängen in der Kolonialismusforschung (man wundert sich – zugegeben – warum gerade an dieser Stelle) wird dessen Unterscheidung zwischen „mythischem“ und

„rationalem“ Denken in der *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981) diskutiert. Unter nicht-okzidentalem, „mythischem Denken“ beschreibt Habermas jene Form von „abgeschlossenem“ Denken, das keine andere Deutung kennt als jene etablierter Traditionen. Einem „mythischen“ Weltbild mangle es daher an Reflexivität und Rationalität. Hauck hält diese Zuschreibung für völlig unzulässig und entgegnet, dass „Fragen der Wahrheit, der normativen Richtigkeit und der Wahrhaftigkeit“ in keiner „nicht-westlichen Gesellschaft“ fehlen (S. 56).

Im selben Beitrag, der im Unterschied zu den anderen extra für diesen Band verfasst wurde, beschreibt Hauck den „Anti-Essentialismus“ als eines von drei Hauptmerkmalen postkolonialer Studien. Diese würden sich darüber hinaus durch ihre Kritik am Eurozentrismus und eine klar antikolonialistische Position auszeichnen. Repräsentativ für „den“ Postkolonialismus werden die zentralen Thesen Edward Saids, Gayatri Chakravorty Spivaks und Homi Bhabhas angeführt (S. 54f.). Leider gelingt es Hauck an dieser Stelle nicht, über die kanonische Trias hinaus, die Vielfalt postkolonialer Zugänge einzufangen. Dadurch bleibt ihm der Blick auf neuere Ansätze verwehrt (vgl. u.a. Chandra Talpade Mohanty, Ilan Kapoor oder Leela Gandhi<sup>iv</sup>), die an den Schnittstellen zu marxistischen und dependenztheoretischen Ansätzen angesiedelt sind. Haucks kritische Beurteilung postkolonialer Zugänge fällt überraschend reduktionistisch und pauschalisierend aus (S. 78).

Deutlich vorbehaltloser greift Hauck postkoloniale Ansätze in seiner gelungenen Konzeption von „Kultur“ auf, die zugleich die Basis für seine Diskussion und Kritik essentialistischer Entwürfe im ersten Abschnitt bildet<sup>v</sup>. Von „Kultur“ ist bei Hauck vorwiegend im Plural die Rede, denn er begreift sie nicht als ontologisch differenzierbare „Natur“ oder gar als „Essenz“ einer Gesellschaft. Kulturen sind – im Verständnis des Autors – vielmehr „hybride Gebilde“ (vgl. auch Bhabha 1994), aus dem konstitutiven Wechselspiel unterschiedlicher Zeiten und Räume erwachsen und stetem Wandel unterworfen. „Keine Kultur ist eine diskrete Einheit in dem Sinn, dass sie keine Elemente mit anderen gemein hätte, sich nicht mit anderen überschneiden oder überlappen würde. [...] Keine Kultur bleibt über die

Jahrhunderte oder Jahrtausende hinweg unverändert. Jede Gesellschaft und jede Kultur hat eine Geschichte.“ (S. 83f.)

### **Koloniale Vergangenheit und entwicklungspolitische Gegenwart**

Der zweite Abschnitt des Buches steht im Zeichen der Kolonialismusforschung und der Weltsystemanalyse. Ausgangspunkt ist ein Überblicksartikel zu Immanuel Wallersteins *Drei Stadien der Einbeziehung Afrikas in die Weltwirtschaft* (1976), dem stärker themen- oder regionalspezifische Beiträge zur kolonialen und postkolonialen Geschichte Afrikas folgen. Wallerstein unterscheidet zwischen den Phasen eines „Informal Empire“ (von etwa 1750 bis 1900), der formellen Kolonialherrschaft (vom späten 19. Jahrhundert bis etwa 1975) und der Unabhängigkeit (nach 1975). Die ersten zwei Phasen der Expansion des kapitalistischen Weltsystems seien von extremer physischer Gewalt geprägt gewesen – anders hätte die kolonisierte Bevölkerung ihre Subsistenzproduktion nicht auf Exportwirtschaft für die kapitalistischen Industrien in der Metropole umgestellt. Die gewaltsame Enteignung, Versklavung und Vernichtung kolonisierter Völker im Zuge der Etablierung des transatlantischen „Dreieckshandels“ gäbe davon Zeugnis (S. 124). So sieht es auch Hauck, der allerdings eine Modifikation an Wallersteins Schema vorschlägt. Der „Freihandelsimperialismus“ nach dem Verbot des Sklavenhandels habe deutlich weniger an direkter physischer Gewalt erfordert als die kapitalistische Akkumulation im Zuge des transatlantischen Sklavenhandels. „Sklavenjagd und freier Handel sind [...] zwei paar Stiefel.“ (S. 125) Erst im Zuge des „Scramble for Africa“, der flächendeckenden Okkupation, stellte die direkte physische Gewalt wieder das zentrale Instrument der Kolonisierung dar. An die Stelle der „Dreistadiengliederung“ müsse also eine „Vierstadiengliederung“ treten (S. 125).

Deutlich spezifischer schildert Hauck die Transformation von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen dann im Folgebeitrag, der sich der 500-jährigen afrikanisch-europäischen Interaktionsgeschichte der Kongo-Region

annimmt. Ausgehend von vorkolonial etablierten Herrschaftsstrukturen unter der Führung des Mani-Kongo und der Mwissi-Kongo-Eliten, den kollektiven Eigentümern des Bodens in der Zentralregion, analysiert der Autor die von außen induzierte Destabilisierung politischer Verhältnisse während des rasanten Anstiegs des Sklavenhandels. Für die portugiesischen Kolonisatoren, die ganz im Sinne des *divide et impera* agierten, habe der Zerfall des Königreiches Ende des 17. Jahrhunderts die Voraussetzung gebildet, um ihren Sklavenexport zu steigern. Dieser hat 1780 seinen Höchststand erreicht – mit 40.000 Menschen pro Jahr (S. 139). Erst Mitte des 19. Jahrhunderts ging der Sklavenhandel zurück, und es folgte eine nicht minder gewaltvolle Kolonialherrschaft unter König Leopold II. von Belgien. Hauck illustriert an dieser Stelle beispielhaft die ausgeprägten Gewaltobsessionen unter Kolonialbeamten, die mit der Eintreibung von Kautschukernten betraut waren.

In beiden Artikeln zur europäischen Expansionsgeschichte legt Hauck den Schwerpunkt auf Formen und Ausprägung kolonialer Gewalt im kapitalistischen Akkumulationsprozess. In ihr erkennt er eine sich fortschreibende Bürde postkolonialer Staaten, die bis heute als „Entwicklungshemmnis“ fortwirke (S. 155). Um das koloniale Erbe geht es auch im Folgebeitrag, der sich mit Mahmood Mamdanis bekanntem Werk *Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of Colonialism* (1996) auseinandersetzt. Die Anerkennung des „Gewohnheitsrechts“ durch afrikanische Staaten beschreibt der Autor als ein Beispiel für die Fortschreibung der Tradition der britischen „indirect rule“ in postkolonialen Rechtssystemen. Diese „gemäßigte“ Form der Integration des „customary law“ trifft aber laut Mamdani nur auf einen Teil der postkolonialen Staaten zu. „Radikale“ Staaten wie Ghana, Tansania, Benin oder Mosambik hätten nach der Unabhängigkeit „traditionelle“ Autoritäten am Land durch Mitglieder der Einheitsparteien ersetzt. An den Herrschaftsstrukturen habe das wenig verändert: „Den ‚dezentralisierten Despotien‘ der gemäßigten, stehen seither die ‚zentralisierten Despotien‘ der radikalen Staaten gegenüber.“ (S. 163) Hauck, der in diesem Beitrag die Thesen Mamdanis ausführlich rezitiert, hat wenig einzuwenden. Lediglich

die Dichotomisierung von Stadt (als progressives Zentrum der Zivilgesellschaft) und Land (als Schauplatz vormoderner, traditioneller Rechtssysteme) hält er für „überzogen“ (S. 167). Beide würden sich durch „extreme Vermachtung“ auszeichnen und könnten nicht als Gegensatz begriffen werden (S. 168).

Den komplexen Strukturen postkolonialer afrikanischer Verhältnisse aus einer Weltsystemperspektive widmet sich der Autor schließlich auch in seinen beiden letzten Beiträgen. Substantialistische und ahistorische Entwicklungsdiskurse (wie u.a. der „Neopatrimonialismus“-Ansatz) werden mit der Faktizität transnationaler Abhängigkeiten und komplexer innerstaatlicher Machtstrukturen kontrastiert. Postkoloniale Herrschaft konzentrierte sich in den seltensten Fällen in einer Person, sondern werde im Kampf um Hegemonie zwischen unterschiedlichen AkteurInnen ständig neu verhandelt. Zu den herrschenden Gruppierungen zählt Hauck politische Entscheidungsträger, nicht-staatliche Autoritäten („traditionelle Herrscher“, „lokale Honoratioren“, „Parasouveräne“), führende Wirtschaftsunternehmen, „Contractors“, sowie multinationale Konzerne und Internationale Finanzinstitutionen (S. 183f.). Postkoloniale afrikanische Staaten bilden nach Hauck dabei nicht notwendiger Weise das „schwache“ Glied, sondern machen ihren Einfluss durch die Besetzung wichtiger strategischer Bereiche des Handels geltend. Sie gehen dafür eine regelrecht „symbiotische Beziehung“ mit privaten Sicherheitsunternehmen ein (S. 176). Die Bekämpfung von ökonomischen und politischen Problemen am afrikanischen Kontinent über die Stärkung der Staatsapparate zu propagieren, hält Hauck für mehr als verfehlt, denn „weder den internationalen noch den soziokulturellen Dimensionen dieser Probleme, weder den globalen noch den nationalen Ungleichheitsstrukturen [werde dabei] Rechnung“ getragen (S. 186).

Trotz der eindringlichen Schilderung von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen zeichnet Hauck in seinen Beiträgen nicht apodiktisch das Bild einer postkolonialen afrikanischen „Misere“. Das liegt u.a. daran, dass er die Rahmenbedingungen „revolutionärer Veränderungen“ zu

konzeptualisieren sucht (S. 184) und an vielerlei Stellen historische wie gegenwärtige Widerstandsformen zum Thema macht.

### **Vom „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“**

Zurück zum Habermas'schen Leitsatz vom „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“. Für Hauck verbirgt sich hinter diesem nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Projekt, das seine Konkretisierung in seinem Essay zu Anerkennungs- und Umverteilungspolitiken in multikulturellen Gesellschaften erfährt. Im Zentrum des fünften Kapitels steht die Frage, wie unterschiedliche gesellschaftliche Werte friedvoll ausverhandelt werden können, ohne dass bestehende Herrschaftsstrukturen reproduziert werden. Die Verständigung über das „bessere Argument“ – wenn es sich denn durchsetzt – bilde dabei nur das Ziel eines „dialogischen Austausches“, in dem „fremdkulturelle“ gleichermaßen wie die eigenen moralischen Ansprüche zur Diskussion gestellt werden. Nur im argumentativen Austausch, so Hauck, könne der Prozess der kulturellen Anerkennung marginalisierter Gruppen realisiert werden. Auf die Maßstäbe der Kritik müssten sich die „streitenden Parteien“ selbst einigen. Für die Politik der Anerkennung solle deshalb derselbe Vorgang der „prozeduralen Wahrheitsfindung“ (nach Habermas 1971) gelten, wie für die Praxis der Wissenschaft. Voraussetzung sei allerdings, dass sich unterschiedliche AkteurInnen im „dialogischen Austausch“ als „ebenbürtige“ Gesellschaftsmitglieder begegnen können (S. 109).

Welche Voraussetzungen vorab für eine „ebenbürtige“ Begegnung unterschiedlich positionierter Gruppen erfüllt werden müssten, thematisiert Hauck nur am Rande. „Im Minimum“, so schreibt er am Ende seines Beitrags, müsse „die Versorgung aller Gesellschaftsmitglieder mit den Primärgütern in den Bereichen von Überlebenssicherung und Anerkennung“ sichergestellt werden (S. 110). Aber ermächtigt die Grundversorgung bereits zur gleichberechtigten Teilnahme am „dialogischen Austausch“? Ist sie Voraussetzung genug, um



„außerargumentative Zwänge“ und „Herrschaftseinflüsse“ aus dem Dialog zu verbannen (S. 106)? Auf den Einwand Michael Korbmakers, dass die Bildung in Klassengesellschaften zentralen Einfluss auf die „Argumentationsfähigkeit“ nehme, hat Hauck leider eine wenig befriedigende Antwort parat: „Aber wenn dem so ist, dann muss es eben geändert werden – die Norm der gleichberechtigten Teilhabe steht auch im Widerspruch zu Klassenverhältnissen“ (S. 106). Schade nur, dass an keiner anderen Stelle in diesem Abschnitt Klassenverhältnisse explizit benannt, geschweige denn im Vorschlag für die Grundversorgung aller mit Primärgütern berücksichtigt werden. Auch hätten die durchaus positiv rezipierten Thesen Nancy Frasers<sup>vi</sup> den Blick für relevante Fragen herrschaftlich organisierter Diskurs- und Repräsentationsverhältnisse im Dialog öffnen können (S. 105). Ein kleiner Wehrmutstropfen am Rande der sonst so vielschichtigen Zusammenführung.

Abschließend bleibt nur noch festzuhalten, dass, obwohl das Buch ganz unterschiedliche thematische und theoretische Schwerpunkte setzt und damit zur selektiven Lektüre einlädt, es sich doch empfiehlt, der wohl überlegten Auswahl Folge zu leisten. Denn im Dickicht der schier unglaublichen Themenbreite erschließt sich die Sicht auf etwas Größeres – den Werdegang eines kritischen Intellektuellen, der auf der steten Suche nach „besseren Argumenten“ niemals die tiefgehende Auseinandersetzung mit „disziplinfremden“ Betrachtungen scheut. Der Sammelband illustriert damit auch die Geschichte erfolgreich gelebter Transdisziplinarität in der kritischen Wissenschaft.

---

<sup>i</sup> Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: ders./Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 131.

<sup>ii</sup> Bourdieu, Pierre (1994): Raisons pratiques. Sur la théorie de l'action. Paris: Seuil.

<sup>iii</sup> Hauck, Gerhard (2006): Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 18.

- 
- <sup>iv</sup> Ghandi, Leela (2006): *Postcolonial Theory: A Critical Introduction*. New York: Columbia University Press; Mohanty, Chandra Talpade (2003): *Feminism Without Borders: Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*. Durham und London: Duke University Press; Kapoor, Ilan (2008): *The Postcolonial Politics of Development*. New York: Routledge.
- <sup>v</sup> Hauck, Gerhard (2006): *Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- <sup>vi</sup> Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.